

Weg mit der Gewerbesteuer!

FINANZEN Die Kommunen bluten aus, weil ihnen ihr wichtigstes finanzielles Standbein wegbricht. Doch es gibt eine Chance, die Städte und Gemeinden zu retten.

Familienunternehmer sind in ihren Städten und Gemeinden verwurzelt. Über ihre Rolle als Arbeitgeber, ihre Mitarbeiter und deren Familien hinaus sind sie interessiert an einem intakten Umfeld. Das ist für viele Antrieb, sich selbst sozial, kulturell und politisch in Vereinen und der Kommunalpolitik zu engagieren. Sei es persönlich oder durch großzügige Förderung von Projekten. Deshalb kann es sie nicht kalt lassen, wenn die Kommunen finanziell ausbluten.

Die Zwangsverwaltung droht

Für 2010 erwartet der Deutsche Städtetag ein Finanzierungsdefizit in Höhe von ca. 12,05 Milliarden Euro. Es geraten immer mehr Kommunen in die Zwangsverwaltung. War die Situation in vielen Gemeinden schon vor 2008/2009 desolat, hat ihnen die allgemeine Weltwirtschaftskrise nun sprichwörtlich den „Rest“ gegeben. Die Gewerbesteuer hat ihr Ziel der Gemeindefinanzierung verfehlt. Sie gehört abgeschafft! Die Ankündigung der Bundesregierung, die Gemeindefinanzen neu zu ordnen, ist eine Riesen-

AUSSENANSICHT



DIPL. KFM. MICHA WEISHAUPT

Der Autor ist Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises selbstständiger Unternehmer – die Familienunternehmer.

chance! Es gibt mehrere Wege, wie dies durchgeführt werden könnte.

Konkret sollten die Kommunen einen Anteil am Lohnsteueraufkommen der Betriebe erhalten. Die Größe der Betriebe, gemessen an den Arbeitnehmern, bestimmt ja auch die Infrastrukturaufgaben der Gemeinden. Ein zusätzliches Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und die ganze Einkommensteuer würde die kommunalen Einkommen bereits erheblich verstopfen und damit deutlich planbarer machen. Natürlich müssten die Steuertarife dieser Steuerarten an dieses Vorgehen angepasst werden.

Als zweites Standbein könnte eine kommunale Steuer jedes Bürgers mit Wohnsitz in der Gemeinde dienen. Auf diese Weise würde jeder Bürger für „seine“ Gemeinde zahlen.

In diesen Diskussionen gehen viele davon aus, dass Kommunen wie Unternehmen einen vollständigen Über-

blick über ihr Vermögen und ihre Schulden haben. Überraschenderweise besitzen viele Gemeinden kein vollständiges und bewertetes Verzeichnis der eigenen Vermögensgegenstände! Es ist oft kein Überblick über Werte von Straßen und Gebäuden vorhanden. Weil zu wenig geplant wird, werden für Neuanschaffungen keine Rücklagen gebildet, sondern nur repariert und angeschafft, was gerade sein muss. Nur durch umständliche, gesonderte Aufzeichnungen können die entscheidenden Gremien Einblick in die effektiven Belastungen erlangen.

Jeder Bürger ist gefragt

Dieses System unterscheidet sich vom System der doppelten Buchführung, wie es jedes Unternehmen haben muss! Das derzeit vorherrschende System ist doch für normale Bürger und Steuerpflichtige nicht transparent. Erst wenn mündige Bürger einen Überblick über die finanzielle Lage haben, können sie über ihre Stimmen gezielt und verantwortlich Einfluss nehmen. Kommunen sollten ein objektives Bild ihrer finanziellen Lage abgeben – dann wird es auch gelingen, effektive Konzepte zur Sanierung aus eigener Kraft zu entwickeln – dann setzt sich auch der steuerpflichtige Bürger für seine Kommune ein!? Die Kommune, das ist doch jeder Bürger selbst!

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.